



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 11. November 2016
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die

*148. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Donnerstag, dem 10. November 2016, 13 Uhr,
im Sitzungszimmer 383 des Landtags*

Beginn: 13:05 Uhr

Einstimmig wurde Abg. Midyatli zur neuen **stellvertretenden Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses** gewählt.

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Antrag der Fraktion der FDP, **Gefahren durch religiös motivierte Gewalt abwenden**, [Drucksache 18/4469](#), ab. Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN empfahl er dem Landtag die Annahme des Antrags.

Er schloss auch seine Beratung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren**, [Drucksache 18/4374](#), ab. Einstimmig empfahl er dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Zum Antrag der Fraktion der FDP, **Kein Fahrverbot bei allgemeiner Kriminalität**, [Drucksache 18/4594](#), beschloss der Ausschuss, den von der Fraktion der PIRATEN vorgelegten Änderungsantrag, [Umdruck 18/6823](#), in das laufende schriftliche Anhörungsverfahren mit einzubeziehen.

Zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Sicherung von Dauerwohnraum (Wohnraumsicherungsgesetz)**, [Drucksache 18/2108](#), beschlossen die Ausschussmitglieder die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Die Anzuhörenden sollen innerhalb von zwei Wochen benannt werden.

Der Ausschuss beschäftigte sich weiter mit dem Antrag des Abg. Dr. Breyer, **Offenlegung der Nebenverdienste von Abgeordneten**, [Umdruck 18/6848](#). Vor dem Hintergrund eines von den Regierungsfractionen angekündigten Gesetzentwurfs wurde der Antrag vom Antragsteller für erledigt erklärt.

Außerdem führte der Ausschuss eine mündliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW zur **Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und des Gesetzes über das schleswig-holsteinische Landesverfassungsgericht**, [Drucksache 18/4622](#), und zum Gesetzentwurf zur **Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts** der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1445](#), sowie den dazu vorliegenden Änderungsanträgen durch.

Als Termin für die **Anhörung der Bewerberinnen und Bewerber für die Stelle der Präsidentin oder des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts Schleswig-Holstein in Kiel** und seine Beschlussfassung über einen Wahlvorschlag, interner [Umdruck 18/6863](#), legte der Ausschuss den 30. November 2016 fest.

Schluss: 15:25 Uhr

gez. i. V. Thomas Wagner